

Entwicklung der Kommunalfinanzen 2012

Trotz Überschuss keine Entwarnung

Die Kommunen konnten erstmals seit der Finanzkrise wieder einen positiven Finanzierungssaldo erreichen. Für die Kommunen errechnete das Statistische Bundesamt für das Jahr 2012 einen Finanzierungsüberschuss von rund 900 Millionen Euro. Steigende Sozialausgaben und sinkende Investitionen geben dennoch Anlass zur Sorge, warnen Kommunalverbände. von Lora Köstler-Messaoudi

Haushaltszeitung. Die Kommunen nahmen im vergangenen Jahr 197,8 Milliarden Euro ein, im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 3,2 Prozent. Die Ausgaben erhöhten sich hingegen nur um 1,2 Prozent auf 196,9 Milliarden Euro. Positiv auf die Einnahmen wirkten sich vor allem die höheren Steuereinnahmen aus. Die Gewerbesteuer stieg gegenüber 2011 um knapp sechs Prozent. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erhöhte sich um etwas mehr als neun Prozent. Die Schlüsselzuweisungen der Länder an die Kommunen nahmen um knapp fünf Prozent zu.

Teuer erkaufte

“Ein bundesweiter Finanzierungsüberschuss in Höhe von 0,9 Milliarden Euro besagt leider nicht, dass für die kommunalen Haushalte insgesamt Entwarnung signalisiert werden kann”, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Dr. Gerd Landsberg. Die Schere zwischen Kom-

munen mit ausreichender Finanzlage und finanzschwachen Kommunen öffnete sich immer weiter, so Landsberg. Nach wie vor gelinge es vielen Städten und Gemeinden trotz Konsolidierungsanstrengungen nicht, ihre Haushalte auszugleichen.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, betonte, dass der positive Finanzierungssaldo das Ergebnis der harten Konsolidierungsanstrengungen der Städte sei. Nicht zuletzt sei er aber auch durch das Unterlassen dringend notwendiger Investitionen teuer erkaufte, so Landsberg. Ein Abbau des erheblichen Investitionsstaus auf kommunaler Ebene sei nicht in Sicht. Nach wie vor fehle das Geld für Investitionen. Aufgrund der strukturell bedingten kommunalen Investitionsschwäche sanken die kommunalen Sachinvestitionen um mehr als elf Prozent auf 21 Milliarden Euro. Auch der Anstieg der sozialen Leistungen sei weiterhin ungebrochen. Im Jahr 2012 haben die Kommunen 1,1 Milliarden Euro

mehr und damit insgesamt 44,4 Milliarden Euro dafür ausgegeben.

Verschuldung steigt

Als “ernsthaft besorgniserregend” bezeichnete Articus die Tatsache, dass es vielen Städten unmöglich bleibe, ihren Haushalt aus eigener Kraft auszugleichen. “Kommunen ganzer Regionen fehlen ausreichende Mittel, um ihren Bürgerinnen und Bürgern die wichtigsten Dienstleistungen anzubieten, ohne sich immer weiter verschulden zu müssen.”

Große Sorgen bereiten dem DStGB auch die Höhe und die Entwicklung

des öffentlichen Schuldenstandes. Bund, Länder und Kommunen waren Ende 2012 mit über zwei Billionen Euro verschuldet. Die Schulden des Bundes erhöhten sich um 0,5 Prozent, die der Länder um fünf Prozent. Die kommunale Verschuldung lag 2012 bei 133,6 Mrd. Euro. Das entspricht einem Anstieg von knapp drei Prozent gegenüber 2011. Davon entfällt inzwischen allein über ein Drittel auf Kassenkredite.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen mahnten beide Kommunalvertreter den Bund, auch bei den Kosten der Eingliederungshilfe einzusteigen.